



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 6. Februar 2014
(OR. en)**

5772/14

**COPEN 26
EJN 18
EUROJUST 21**

VERMERK

Absender:	Herr Mihnea Motoc, Botschafter, Ständige Vertretung Rumäniens bei der Europäischen Union
Empfänger:	Herr Rafael Fernández-Pita y González, Generaldirektor, Rat der Europäischen Union
Eingangsdatum:	21. Januar 2014
Betr.:	Durchführung des Rahmenbeschlusses 2005/214/JI des Rates über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen - Mitteilung Rumäniens

Sehr geehrter Herr Generaldirektor,

ich beehre mich, dem Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union eine Mitteilung zur Umsetzung des **Rahmenbeschlusses 2005/214/JI des Rates vom 24. Februar 2005** über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union Nr. L 76 vom 22. März 2005, durch Rumänien zu übermitteln.

Da mit dem Gesetz Nr. 300 vom 15. November 2013 zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes Nr. 302/2004 über die internationale justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, das am 11. Dezember 2013 im rumänischen Gesetzblatt veröffentlicht wurde, einige Änderungen an den Bestimmungen zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2005/214/JI des Rates vom 24. Februar 2005 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen vorgenommen wurden, *ergänzt* Rumänien seine Mitteilung folgendermaßen:

Mitteilung gemäß Artikel 2

Wenn Rumänien Vollstreckungsstaat ist, ist folgende Behörde für die Entgegennahme der Bescheinigungen und Entscheidungen zuständig:

Justizministerium

Strada Apolodor 17, Sector 5 București, Cod 050741

Direktion für internationales Recht und justizielle Zusammenarbeit

Abteilung für internationale justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen

Tel.: +40.37.204.1077 / +40.37.204.1085

Nach Büroschluss: + 040.733.737.769

Fax: +40.37.204.1079/84

E-Mail: centralauthority_copen@just.ro

(Schlussformel)

(gez.) Mihnea Motoc
